

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

ZU:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU - Drucksache 6/9486 vom 04.09.2018

Berichterstatter:

Abgeordneter Marco Büchel (DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag in der vom Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beschlossenen Fassung annehmen:

Der Landtag möge beschließen:

Tiertransporte gerade in Länder außerhalb der EU stehen vermehrt in der Kritik. Der Europäische Gerichtshof hat am 23. April 2015 deutlich gemacht, dass der Tierschutz nicht an der EU-Grenze endet. Wenn Transporteure lebende Tiere befördern, müssen sie nachweisen, dass die Versorgung der Tiere bis zum Zielort in einem Drittstaat gewährleistet ist und Entladestationen zur Einhaltung von Ruhepausen genutzt werden. Medien und Tierschutzverbände berichten jedoch immer wieder über die oftmals katastrophalen Bedingungen, denen die Tiere bei Transporten in außereuropäische Länder ausgesetzt sind. Zuletzt wurde berichtet, dass mehrere bayerische Landratsämter die Erteilung von Genehmigungen für Tiertransporte in Nicht-EU-Staaten eingestellt hatten.

Aus Deutschland dürfen nur Tiere zu Zuchtzwecken exportiert werden.

Der zuständige Ausschuss für Verbraucherschutz hat am 5. Dezember 2018 eine Anhörung zu Tiertransporten in Drittstaaten durchgeführt, aus der der Landtag folgende Schlussfolgerungen ableitet:

1. Der Landtag unterstützt die Empfehlung des Landestierschutzbeauftragten, dass vor einem Drittlandexport von Tieren alle anderen Möglichkeiten, die nicht mit Belastungen für die Tiere verbunden sind, wie der Versand von Tiefkühl-Sperma zur künstlichen Besamung, auszuschöpfen sind. Um Alternativen zu langen Tiertransporten zu erarbeiten, empfiehlt der Landtag, bestehenden Gremien, etwa im Rahmen des Tierschutzplans, zu nutzen.
2. Der Landtag begrüßt, dass zwischenzeitlich eine Überarbeitung des Handbuchs Tiertransporte erfolgt ist und seine Anwendung per Erlass für die Veterinärbehörden im Land Brandenburg verbindlich gemacht wurde. Die Umsetzung des Erlasses soll nach einem Jahr überprüft werden.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert:
 - a) bei Vorliegen der technischen Voraussetzungen einen „Online-Erlass“ an die Veterinärbehörden des Landes Brandenburg zu verfügen. Darin werden die Veterinärbehörden aufgefordert, vom Organisator des Tiertransports einen permanenten Onlinezugang zu den Daten des Navigationssystems bezogen auf den jeweiligen Langzeittransport einzufordern. Zusätzlich ist diesbezüglich eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben.
 - b) in Abstimmung mit den Landkreisen zu prüfen, wie Anreize geschaffen werden können, um weitere Versorgungsstellen im Einklang mit dem Handbuch Tiertransporte in Brandenburg einzurichten.

4. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, sich auf EU- bzw. Bundesebene dafür einzusetzen,
- a) dass die Tierschutztransportverordnung (EG) Nr. 1/2005 überarbeitet wird, damit die EU-Mitgliedstaaten sie besser umsetzen und kontrollieren können.
 - b) Bußgelder bei Verstößen gegen die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 einzuführen, die eine abschreckende Wirkung haben.
 - c) dass die Kontrollen zu Tiertransporten in Drittstaaten zu intensivieren sind.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU“ (Drucksache 6/9486) in seiner 66. Sitzung am 20. September 2019 an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz.

Der Ausschuss befasste sich in seiner 40. Sitzung am 7. November 2018, im Rahmen einer Anhörung in seiner 42. Sitzung am 5. Dezember 2018, seiner 43. Sitzung am 23. Januar 2019 und abschließend in seiner 45. Sitzung am 6. März 2019 mit dem Antrag.

B. Beratung

Der Ausschuss verständigte sich in seiner 40. Sitzung am 7. November 2018 darauf, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

Die Anhörung des Landestierschutzbeauftragten Brandenburgs sowie von Vertreterinnen und Vertretern der RBB Rinderproduktion Berlin-Brandenburg GmbH, der Bundestierärztekammer e. V., des Landkreises Teltow-Fläming und von Animals' Angels e. V. fand in der 42. Sitzung des Ausschusses am 5. Dezember 2018 statt. Hinsichtlich der Ergebnisse wird auf das Ausschussprotokoll (P-AEEV 6/42) verwiesen.

Zur abschließenden Beratung in der 45. Sitzung am 6. März 2019 lagen dem Ausschuss Entwürfe von Beschlusstexten der CDU-Fraktion (Anlage 1) sowie der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) vor.

Abgeordneter Dr. Große (CDU-Fraktion) drückte sein Bedauern aus, dass zwischen den Fraktionen keine Einigung für einen gemeinsamen Antrag gelungen sei.

Abgeordneter Folgart (SPD-Fraktion) erklärte, dass sich der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) auf den Transport von Zuchttieren beziehe und daher die in dem Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 1) aufgegriffene Schlachtproblematik nicht beinhalte.

Im Rahmen der inhaltlichen Vorstellung des Antrags (Anlage 2) ergänzte Abgeordneter Folgart (SPD-Fraktion) hinsichtlich der Thematik eines „Online-Erlasses“, sobald europäische Programme der Verfolgbarkeit zur Verfügung stünden, sollten diese bevorzugt ausgewählt werden können. Die personenbezogenen Daten des Fahrers des Tiertransports müssten hierbei angemessen geschützt werden.

Abgeordneter Jungclaus (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte den vorliegenden gemeinsamen Antrag (Anlage 2) als Kompromiss, der wesentliche Verbesserungen beinhalte. Hinsichtlich des Moratoriums für Tiertransporte in Länder außerhalb der Europäischen Union und eines Exportstopps habe sich seine Fraktion mehr gewünscht. Beispielsweise führte er den vom Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein erlassenen, zeitlich befristeten Transportstopp an.

Der Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz erwiderte, dass sich eine pauschale Unterbindung von Tiertransporten aus seiner Sicht nicht mit der geltenden Rechtsgrundlage vereinbaren lasse. Der Beschluss im einstweiligen Rechtsschutz in Schleswig-Holstein unterstütze seine Bedenken, sodass weiterhin Einzelfallprüfungen notwendig seien. Auch aufgrund der im Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) angesprochenen Berichte hinsichtlich der Praxis bayrischer Veterinärämter habe er die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft um Klärung gebeten, ob und wie auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 Regelungen zur Unterbindung von Tierexporten geschaffen werden könnten und unter welchen Voraussetzungen genehmigende Veterinäre möglicherweise strafrechtlich zur Beihilfe der Tierquälerei verantwortlich gemacht werden könnten.

Abgeordneter Folgart (SPD-Fraktion) begründete, seine Fraktion nehme einerseits aufgrund der Situation in Schleswig-Holstein Abstand von einem Moratorium, andererseits sei in der Anhörung vonseiten der Wirtschaft verdeutlicht worden, dass ein Moratorium eine Wettbewerbsverzerrung darstelle.

Abgeordneter Jungclaus (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte mit Verweis auf die Gewaltenteilung, dass sich politische Entscheidungen nicht aufgrund einer fraglichen Gesetzeskonformität oder einer möglichen Wettbewerbsverzerrung ausbremsen lassen sollten.

Im Ergebnis der Erörterung lehnte der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 1) mehrheitlich (2 : 5 : 1) ab und nahm den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) einstimmig (8 : 0 : 0) an.

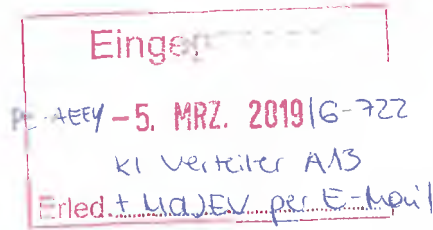
Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz empfiehlt dem Landtag demzufolge einstimmig (8 : 0 : 0) die Annahme des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/9486) in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung.

Anlagen

- Anlage 1: Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU, Drucksache 6/9486
- Anlage 2: Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU, Drucksache 6/9486

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode



Änderungsantrag

der CDU-Fraktion

an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz zur Beratung am 6.03.2019

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU“ in Drucksache 6/9486

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz möge den Antrag wie folgt ändern und dem Landtag anschließend zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen:

„Der Landtag möge beschließen:

Der Schutz von Tieren beim Transport inner- und außerhalb der Europäischen Union ist EU-rechtlich geregelt. Dennoch kommt es bei Tiertransporten immer wieder zu Verstößen und gravierenden Missständen, insbesondere bei Transporten in Drittstaaten außerhalb der EU. Um den Tierschutz bei Tiertransporten inner- und außerhalb der EU weiter zu verbessern, fasste das Europäische Parlament am 14.02.2019 eine Entschließung. Auch wenn diese Entschließung für die EU-Kommission nicht bindend ist, enthält sie eine Reihe von geeigneten Vorschlägen und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schutzes von Tieren bei Tiertransporten in den Bereichen „Durchführung und Durchsetzung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften“, „Datenerhebung, Kontrollen und Überwachung“, „Beförderungsdauer“, „Tierschutz“, „wirtschaftliche Unterstützung“ sowie „Drittländer“. Des Weiteren ist in der Bundesrepublik Deutschland das Handbuch Tiertransporte der AG Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz einschlägig, welches Hinweise für die zuständigen Behörden enthält, um einen einheitlichen Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1/2005, der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 und der nationalen Tierschutztransportverordnung sicherzustellen. In der vom Ausschuss am 5.12.2018 durchgeführten Anhörung wurde zudem deutlich, dass auch das Land Brandenburg seinen Beitrag zu weiteren Verbesserung von Tiertransporten leisten und darauf hinwirken muss, Tiertransporte auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes bei Tiertransporten umzusetzen:

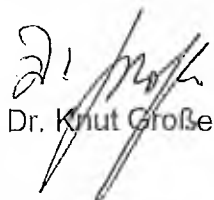
- sich im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, wie z.B. im Bundesrat und in den Verbraucherschutz- sowie Agrarministerkonferenzen, für eine Umsetzung der vom Europäischen Parlament am 14.02.2019 beschlossenen Entschließung durch die Europäische Kommission einzusetzen, mit der weitere Verbesserungen des Tierschutzes und eine Beschränkung der Transportzeit auf maximal acht Stunden erwirkt werden sollen,

- mit einer Initiative im Bundesrat für die Einführung einer tierschutzfachlichen Überprüfung und Zulassung von Transportrouten in Drittstaaten vor der amts-tierärztlichen Abfertigung eines Tiertransportes durch eine unabhängige Stelle einzutreten,
- mit einem Erlass an die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte für einen landeseinheitlichen und verbindlichen Vollzug dafür Sorge zu tragen, dass Tiertransporte insbesondere in Drittländer außerhalb der EU dann nicht genehmigt werden, wenn die Außentemperatur über 30 Grad Celsius beträgt,
- das Netz an Kontroll-, Versorgungs- und Sammelstellen gemeinsam mit den unteren Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden evaluiert und zukünftig verbessert wird,
- darauf hinzuwirken, dass der Transport von Zucht- und insbesondere Schlachttieren künftig durch den Export von Fleischerzeugnissen oder durch den Versand von Embryonen oder Sperma ersetzt wird,
- die Schlachtkapazitäten im Land Brandenburg evaluiert und durch einen gezielten Einsatz von Fördermitteln weiterausgebaut werden und
- mobile Schlachtungen ebenfalls rechtlich ermöglicht werden, bei welcher der Transport von Schlachttieren entfällt und dies zu einer deutlichen Reduzierung von Stress bei Tieren führt.“

Begründung:

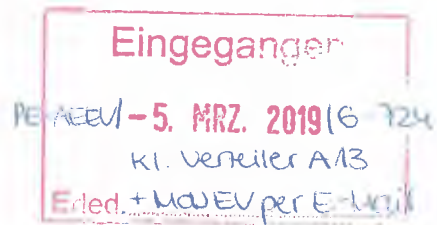
Die am 5.12.2018 durchgeführte Anhörung im Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz hat aufgezeigt, dass ein pauschales Aussetzen von Tiertransporten rechtlich kaum möglich ist. Tiertransporte inner- und außerhalb der Europäischen Union sind EU- und bundesrechtlich geregelt und werden insbesondere von den unteren Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden in den Bundesländern gemeinsam mit den Transporteuren umgesetzt. Dennoch besteht weiterer Regelungsbedarf, der allerdings in erster Linie das EU-Recht betrifft. Dazu hat das EU-Parlament am 14.02.2019 eine weitreichende Entschließung gefasst.

Darüber hinaus wurde in der Anhörung auch deutlich, welche Maßnahmen das Land Brandenburg ergreifen sollte, um den Schutz der Tiere bei Transporten in Länder außerhalb der EU weiter zu verbessern. Diese sollten durch die Landesregierung umgesetzt werden.


Dr. Knut Große


Barbara Richstein

Fraktion der SPD
Fraktion DIE LINKE
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN



Ausschuss für Europaangelegenheiten,
Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

Im Haus

Potsdam, den 5.3.2019

Antrag

der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

zu TOP 4 der Sitzung des AEEV am 6.3.2019

Erarbeitung einer Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
„Kein Leid bei Tiertransporten außerhalb der EU“, DS. 6/9486

Wir beantragen, den Antrag in folgender Fassung zur Annahme zu empfehlen:

Kein Leid bei Tiertransporten in Länder außerhalb der EU

Der Landtag möge beschließen:

Tiertransporte gerade in Länder außerhalb der EU stehen vermehrt in der Kritik. Der Europäische Gerichtshof hat am 23. April 2015 deutlich gemacht, dass der Tierschutz nicht an der EU-Grenze endet. Wenn Transporteure lebende Tiere befördern, müssen sie nachweisen, dass die Versorgung der Tiere bis zum Zielort in einem Drittstaat gewährleistet ist und Entladestationen zur Einhaltung von Ruhepausen genutzt werden. Medien und Tierschutzverbände berichten jedoch immer wieder über die oftmals katastrophalen Bedingungen, denen die Tiere bei Transporten in außereuropäische Länder ausgesetzt sind. Zuletzt wurde berichtet, dass mehrere bayerische Landratsämter die Erteilung von Genehmigungen für Tiertransporte in Nicht-EU-Staaten eingestellt hatten.

Aus Deutschland dürfen nur Tiere zu Zuchtzwecken exportiert werden.

Der zuständige Ausschuss für Verbraucherschutz hat am 5. Dezember 2018 eine Anhörung zu Tiertransporten in Drittstaaten durchgeführt, aus der der Landtag folgende Schlussfolgerungen ableitet:

1. Der Landtag unterstützt die Empfehlung des Landestierschutzbeauftragten, dass vor einem Drittlandexport von Tieren alle anderen Möglichkeiten, die nicht mit Belastungen für die Tiere verbunden sind, wie der Versand von Tiefkühl-Sperma zur

künstlichen Besamung, auszuschöpfen sind. Um Alternativen zu langen Tiertransporten zu erarbeiten, empfiehlt der Landtag, bestehende Gremien, etwa im Rahmen des Tierschutzplans, zu nutzen.

2. Der Landtag begrüßt, dass zwischenzeitlich eine Überarbeitung des Handbuches Tiertransporte erfolgt ist und seine Anwendung per Erlass für die Veterinärbehörden im Land Brandenburg verbindlich gemacht wurde. Die Umsetzung des Erlasses soll nach einem Jahr überprüft werden.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert:
 - bei Vorliegen der technischen Voraussetzungen einen „Online-Erlass“ an die Veterinärbehörden des Landes Brandenburg zu verfügen. Darin werden die Veterinärbehörden aufgefordert, vom Organisator des Tiertransports einen permanenten Onlinezugang zu den Daten des Navigationssystems bezogen auf den jeweiligen Langzeittransport einzufordern. Zusätzlich ist diesbezüglich eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben.
 - in Abstimmung mit den Landkreisen zu prüfen, wie Anreize geschaffen werden können, um weitere Versorgungsstellen im Einklang mit dem Handbuch Tiertransporte in Brandenburgs einzurichten.
4. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, sich auf EU- bzw. Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - die Tierschutztransportverordnung (EG) Nr. 1/2005 überarbeitet wird, damit die EU-Mitgliedstaaten sie besser umsetzen und kontrollieren können.
 - Bußgelder bei Verstößen gegen die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 einzuführen, die eine abschreckende Wirkung haben.
 - die Kontrollen zu Tiertransporten in Drittstaaten zu intensivieren sind.

Begründung:

Zu 1. Langstreckentransporte mit Zielland außerhalb der Europäischen Union (EU) stellen eine erhebliche Belastung für Nutztiere dar. Ziel sollte es deshalb sein, unter Einbeziehung des Berufsstands an Alternativen zu Lebeltiertransporten zu arbeiten.

Zu 2. Mit der Überarbeitung des Handbuchs Tiertransporte wurden bereits Klarstellungen und Verbesserungen bezüglich der Abfertigungsvoraussetzungen bei grenzüberschreitenden Transporten vorgenommen. Unter anderem wurde die Einhaltung der Temperaturen im Fahrzeuginnenraum verbindlicher geregelt. Das Handbuch Tiertransporte (Stand Dezember 2018) wurde vom MdJEV mit Erlass vom 15.1.2019 für verbindlich erklärt. Das verwendete Fahrzeug muss speziell für lange Beförderungen zugelassen sein.

Zu 3. Das vom Organisator des Transports der zuständigen Behörde zur Transportplanung vorgelegte Fahrtenbuch muss wirklichkeitsnahe Angaben enthalten und darauf schließen lassen, dass die Beförderung den Vorschriften entspricht. Die zuständige Behörde sollte hierzu aber nicht nur auf das Fahrtenbuch, sondern auch auf einen permanenten


Onlinezugang bezogen auf den jeweiligen Langzeittransport zurückgreifen können. Im Erlass des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz vom 30. Januar 2018 finden sich Einzelheiten zu einem entsprechenden Datenzugang. Das Land Niedersachsen plant ebenfalls einen Online Erlass.

Im Land Brandenburg gibt es fünf Versorgungsstellen für den Fall, dass Tiere unplanmäßig infolge von Kontrollen untergebracht werden müssen. Sie liegen alle im Süden des Landes, so dass die Unterbringung in manchen Landesteilen kaum möglich ist. Deshalb muss das Netz der Versorgungsstellen ausgebaut werden.

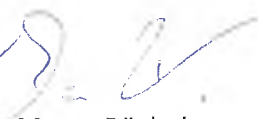
Zu 4. Regelungen zu Tiertransporten in Drittstaaten sollten idealerweise auf EU-Ebene erfolgen, damit sie für alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Die Tierschutztransportverordnung 1/2005 weist aber diverse Lücken und Mängel auf und muss deshalb überarbeitet werden.

Bußgelder bezogen auf die gesetzlich festgelegten Bestimmungen, etwa zu den Lenk- und Ruhezeiten, aber auch zum Tierschutz, besitzen gegenwärtig keine abschreckende Wirkung.


Die Kontrollen auf der Straße müssen intensiviert werden, weil es keinesfalls ausreicht, Tiertransporte in allererster Linie am Versand- bzw. Bestimmungsort zu kontrollieren.



Tina Fischer
SPD-Fraktion



Marco Büchel
Fraktion DIE LINKE



Michael Jungclauss
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN